



Mit Strafbefehlen gegen den Rassismus

Rund 30 Personen, die in sozialen Medien während der letztjährigen israelischen Offensive in Gaza rassistische Beiträge verfasst haben, erhielten einen Strafbefehl.

Stefan Hohler

Rund tausend Personen demonstrierten am 18. Juli 2014 auf der Gemüsebrücke gegen die israelische Offensive in Gaza. In den Tagen vor der Kundgebung war auf sozialen Plattformen gegen Schweizer Juden gehetzt und gedroht worden. So postete ein Mann auf der Facebook-Seite «Demo für Palästina in der Schweiz» die Beiträge «1000 Likes und Jude münd wieder ein gelbe Stern azie» und «Die Juden sind und bleiben die grössten Bastarde dieser Welt».

Ein anderer Mann verlangte im Zusammenhang mit einem Fernsehbericht über den Konflikt auf der öffentlichen Internetplattform vom Fernsehen SRF, dass «eine zweite Wannseekonferenz dringend nötig» sei, «damit wir endlich zu einer Endlösung kommen». Zur Erinnerung: An der Wannseekonferenz bei Berlin 1942 koordinierten die deutschen Dienststellen ihre Anstrengungen zur Deportation und Ermordung der Juden.

Schwierige Identifikation

Sowohl der Schweizerische Israelitische

Gemeindebund (SIG) als auch die Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA) haben die Aussagen in den Onlineforen gesammelt und rund 20 Anzeigen wegen rassistischer Äusserungen eingereicht. In Zürich hat das Kompetenzzentrum Cybercrime die Anzeigen bearbeitet und die entsprechenden Verfahren eingeleitet. Ein Dutzend Personen wurden rechtskräftig verurteilt. Die restlichen Kommentarschreiber konnten nicht eruiert werden, oder es läuft gegen sie ein Verfahren in einem anderen Kanton.

Laut Staatsanwältin Sandra Schwein-gruber sind im Zusammenhang mit der Pro-Palästina-Demonstration aber auch von Einzelpersonen und anderen Gruppierungen insgesamt einige Dutzend Anzeigen eingegangen. In wie vielen Fällen es hier zu einer Verurteilung gekommen ist, ist nicht bekannt. Laut «Echo der Zeit» von Radio SRF sind in diesem Jahr schweizweit insgesamt 29 Urteile wegen Onlinerassismus gefällt worden. Diese Urteile betreffen Vorfälle vom letzten Jahr, mehrheitlich im Zusammenhang

mit den Vorfällen in Gaza.

Täter erhielten Strafbefehl

Die Fehlbaren sind mehrheitlich per Strafbefehl (bedingte Geldstrafe, verbunden mit Busse) bestraft worden. So erhielt beispielsweise ein Verfasser eines antisemitischen Onlinebeitrages wegen Rassendiskriminierung eine bedingte Geldstrafe und muss eine Busse von 500 Franken bezahlen und für die Verfahrenskosten aufkommen. Ein anderer wurde mit gemeinnütziger Arbeit bestraft.

Leila Feit, Geschäftsführerin der GRA, lobt die Zusammenarbeit mit der Cybercrime-Abteilung. Auch Jonathan Kreutner, Generalsekretär des SIG, zeigt sich sehr zufrieden. Die Staatsanwaltschaft hatte die Anzeigen entgegengenommen und sie den zuständigen Behörden in der Schweiz verteilt, da der relevante Tatort nicht in allen Fällen Zürich war. Damit habe ein beachtlicher Teil der antisemitischen Autoren zur Rechenschaft gezogen werden können, sagt Feit.

Online-Kommentare

Flüchtlingskrise lässt Hemmschwelle sinken

Bern/Zürich - Nicht nur bei der Cybercrime-Abteilung in Zürich, sondern auch bei der Schweizerischen Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (Kobik) in Bern haben die Meldungen zu rassistischen Inhalten im Internet in jüngster Zeit zugenommen. Als Ursache nehmen Fachleute die virulente Flüchtlingsthematik an.

Seit Juni stelle man eine stetige Zunahme der Meldungen betreffend Rassismus fest, sagt Myriam Stucki, Infor-

mationsbeauftragte des Bundesamtes für Polizei. Im August sei es das Vierfache zum Vormonat gewesen. Konkrete Zahlen würden aber nur einmal jährlich im Jahresbericht von Kobik veröffentlicht. Dies, weil kurzfristige Einflüsse zu Schwankungen führen könnten. Im aktuellen Jahr sind schon mehr Meldungen bei der Kobik eingegangen als im Vorjahr insgesamt. Damals waren es 85 Meldungen.

Auch Sensibilität steigt

Auch Annette Lüthi, Mitarbeiterin bei der Beratungsstelle «Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus», bemerkt einen Anstieg von Meldungen zu rassistischen Äusserungen: «Bei uns ist die Tendenz allerdings seit Mitte 2014 steigend.» Man merke, dass die momentane Flüchtlingssituation in der Bevölkerung für Unsicherheit Sorge. «Es ist uns aufgefallen, dass immer mehr Personen sich auch im

Datum: 14.09.2015

Tages-Anzeiger

Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 172'920
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus
Fondation contre le racisme et l'antisémitisme
Fondazione contro il razzismo e l'antisemitismo
Foundation against racism and antisemitism

Themen-Nr.: 320.002
Abo-Nr.: 320004
Seite: 21
Fläche: 32'291 mm²

eigenen Namen rassistisch im Internet äussern: Die Hemmschwelle ist niedriger geworden, weil sich auch Personen des öffentlichen Lebens fremdenfeindlich äussern.»

Martine Brunshwig Graf, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, sagt: «Ich nehme an, dass sich rassistische Posts im Internet im letzten Monat tatsächlich gehäuft haben, gleichzeitig sind die Leute aber auch sensibler gegenüber Rassismus geworden.» (hoh/sda)